

GASTKOMMENTAR

Tricksen und Täuschen

Hat sich Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gesagt: „VW hat betrogen, die Deutsche Bank hat betrogen, der DFB auch - warum nicht ich“? Jedenfalls hat Gabriel seinen milliarden-schweren Deal mit den Betreibern einiger Braunkohlekraftwerke als „entscheidenden Beitrag zur Erreichung der deutschen Klimaziele für das Jahr 2020“ bezeichnet. Tatsächlich ist dieser Deal weder „entscheidend“, noch wird damit das deutsche Klimaschutzziel wirklich erreicht.

„Schuld“ für das eventuelle Verfehlen des 40-Prozent-Ziels sind nicht die CO₂-Emissionen der Braunkohlekraftwerke. Die sind Teil der Emissionen der Anlagen, die dem EU-Emissionsrechte-handelssystem unterliegen (ETS-Anlagen). Und diese sind von 2008 bis 2013 jährlich um 4,8 Millionen Tonnen zurückgegangen. Das entspricht einer Reduktion von (nur) 0,9 Prozent pro Jahr.

Außerdem besitzt die Emissionssenkung bei den Kohlekraftwerken gar keine Klimaschutzwirkung! Denn die dadurch von diesen nicht verbrauchten EU-Emissionsrechte stehen anderen ETS-Anlagen zur Verfügung und werden im selben Umfang bei diesen zu zusätzlichen Emissionen führen. Bestenfalls werden die zusätzlichen Emissionen nicht in Deutschland, sondern in anderen EU-Staaten stattfinden. Die „deutschen“ Emissionen würden so zwar gesenkt, und dadurch würde vielleicht das deutsche Ziel formal erreicht.

Die globalen Emissionen blieben aber unverändert. Diese „Zielerreichung“ hätte somit keine mit der Zielsetzung eigentlich beabsichtigte entsprechende Klimaschutzwirkung! VW hat die Abgasnormen auf dem Prüfstand formal auch erreicht, nur nicht die eigentlich beabsichtigte Emissionssenkung im Alltag.

Sigmar Gabriels Braunkohle-Deal hilft dem Klimaschutz nicht auf die Sprünge, meint Jürgen Hacker.



Dabei gibt es die Möglichkeit, das 40 Prozent-Ziel zu erreichen. Dazu muss das EU-System erweitert werden, besonders um den Straßenverkehrssektor durch Einbeziehung von dessen Kraftstoffen. Das wäre organisatorisch ganz einfach: Es müssten lediglich die Mineralölkonzerne verpflichtet werden, für die CO₂-Emissionen, die von ihren Kraftstoffen erzeugt werden, entsprechend viele EU-Emissionsrechte abzugeben.

Wenn gleichzeitig dem EU-System zusätzlich Emissionsrechte in Höhe der prognostizierten Straßenverkehrsemissionen in 2020 abzüglich der vermeintlichen „Lücke“ bei der 40-Prozent-Zielerreichung zur Verfügung gestellt wird, würde dieses Ziel sicher eingehalten! Dies würde zur Erhöhung der Kraftstoffpreise um lediglich ca. zwei Cent/Liter führen und die deutsche Volkswirtschaft netto lediglich mit ca. 0,3 Milliarden Euro belasten.

Dagegen betragen die volkswirtschaftlichen Kosten der von Gabriel geplanten Maßnahmen zur Erreichung derselben Emissionssenkung mehr als zwei Milliarden Euro. Und dabei ist die Emissionsminderung noch nicht einmal wirklich abgesichert und hätte doch nur für knapp die Hälfte auch eine tatsächliche Klimaschutzwirkung. Wenn das nicht Tricksen und ein Täuschen der deutschen Öffentlichkeit darstellt?

Auf die Milliardensubvention an Braunkohlekraftwerksbetreiber könnte verzichtet und die volkswirtschaftlich insgesamt eingesparten Milliarden Euro für andere, ebenfalls wichtige gesellschaftliche Aufgaben eingesetzt werden.

Der Autor ist Vorsitzender des Bundesverbands Emissionshandel und Klimaschutz. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com